

Parlamentarischer Vorstoss

2025/15

Geschäftstyp:	Interpellation
Titel:	Nach NEIN zum Rheintunnel: Nächste Schritte
Urheber/in:	M. Scherrer
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	—
Eingereicht am:	16. Januar 2025
Dringlichkeit:	—

Am 24. November 2024 stimmte das Schweizer Volk über den Ausbauschritt 2023 für die Nationalstrassen ab, wobei die Vorlage knapp abgelehnt wurde. Durch eine Annahme der Vorlage wären, insbesondere durch den Bau des Rheintunnels, spürbare Entlastungen in der Region zu erwarten gewesen. Mit über 53 Prozent stimmte der Kanton Basel-Landschaft entsprechend für den Ausbau, während der Kanton Basel-Stadt mit über 56 Prozent gegen die Vorlage votierte. Die ablehnende Haltung in Basel-Stadt zeigt in dieser Frage eine deutliche Kluft zwischen den beiden Kantonen auf.

Das Abstimmungsergebnis verdeutlicht einhergehend eine sichtbare Trennlinie: Während der Kanton Basel-Landschaft mehrheitlich hinter einem Ausbau der Strasseninfrastruktur steht, lehnt der Kanton Basel-Stadt diesen grundsätzlich ab. Ein endgültiges Scheitern des Rheintunnels in geplanter Form ist nun wahrscheinlich. Dennoch darf das Bedürfnis nach Entlastung des Baselbiets sowie die Beseitigung von Verkehrsengepässen in der Region nicht aus den Augen verloren werden. Denn der Druck auf die Strassen im Baselbiet ist weiterhin hoch.

Die hohe Zustimmung im Baselbiet sendet ein deutliches Signal – auch an die Regierung des Kantons. Es ist jetzt notwendig, alternative Lösungen zu prüfen und Verbesserungen im Verkehrsnetz zu evaluieren. Besonders im Hinblick auf die zunehmenden Verkehrsprobleme in der Agglomeration Basel müssen schnellstmöglich konkrete Massnahmen ergriffen werden, um eine nachhaltige Entlastung zu erreichen und die Lebensqualität der Bevölkerung zu verbessern.

Der Regierungsrat wird gebeten folgende Fragen zu beantworten:

1. Mit welchen Auswirkungen auf das Baselbiet ist im Zuge des schweizweiten Neins zum Ausbauschritt 2023 für die Nationalstrassen zu rechnen?
 2. Welche Rolle spielt das Baselbieter Ja zur Vorlage für das weitere Vorgehen?
 3. Prüft die Regierung bereits Alternativen zur Verkehrsentslastung im Kanton Basel-Landschaft?
 4. Sieht die Regierung in einer möglichen Realisierung einer Umfahrungsvariante eine Alternativlösung zum geplanten Rheintunnel?
 5. Sieht die Regierung in einer Verkehrsentslastung unter Einbezug bestehender ausländischer Strassennetze, wie etwa der A98 in Deutschland, eine mögliche Lösung?
-

6. Führt die Regierung bereits Gespräche über mögliche Entlastungsoptionen mit regionalen, nationalen sowie internationalen Akteuren?
7. Mit welchen Botschaften und Forderungen wird sich die Regierung beim Bund für eine gezielte Verkehrsentslastung im Kanton stark machen?